

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff
Gesundheitsförderung und -prävention

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen
 Bericht Geschäftsstelle, Projektliste

Beschlussvorschlag:

1. Von den Ausführungen der Verwaltung wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Gesundheitsförderung und –prävention soll im Rahmen des Verwaltungshandelns der städtischen Fachdienststellen noch stärker als bisher implementiert werden.
3. Die Fachreferate sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen Handlungsfelder Maßnahmen der Gesundheitsförderung und –prävention eigenverantwortlich betreiben.

Sachverhalt

Im Zeitraum 2007 – Mitte 2009 wurde unter wissenschaftlicher Begleitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) ein modellhaftes Kooperationsprojekt zur Gesundheitsförderung durchgeführt. Gebietskulisse des Projektes ist das Sanierungsgebiet „Innenstadt“, weitere Beteiligte waren außerdem die Städte Hamburg und Halle mit den Programmgebieten „Altona-Lurup“ bzw. „Silberhöhe“.

Seitens des difu wurde – nach einer zu Projektbeginn durchgeführten Vor-Ort-Analyse der Innenstadt Fürth - grundsätzlicher Maßnahmenbedarf im Bereich Gesundheitsförderung und –prävention bescheinigt. Der modellhafte Ansatz der Gesundheitsförderung wurde auf einen präventiven Ansatz in den Bereichen Bewegung und gesunde Ernährung gelegt und sollte Rand- und Problemgruppen ausdrücklich mit einbeziehen, um so die breit gefächerten Bemühungen der Stadt Fürth im Programm „Soziale Stadt“ zu ergänzen.

Auf Ebene der Stadt Fürth wurde das Projekt durch eine referatsübergreifende Steuerungsgruppe, organisiert und gesteuert, verstärkt durch das staatliche Gesundheitsamt sowie die im Rahmen des Projekts geschaffene und beim Quartiersmanagement angesiedelte „Geschäftsstelle Gesundheit“. Aufgabe der Geschäftsstelle ist es primär, unter Einbindung von Krankenkassen und anderen Akteuren Informations- und Vernetzungsarbeit zu leisten, bedarfsgerechte Projekte anzuregen und zu beraten.

Die „Geschäftsstelle Gesundheit“ wird für zwei Jahre (2008 / 2009) über Mittel des Landesverbands der Betriebskrankenkassen (BBK) i. H. v. 20.000,-- € finanziert. Für die Durchführung von Mikroprojekten werden durch die Techniker Krankenkasse Mittel i. H. v. insgesamt 20.000,-- € bereitgestellt, die jedoch ausschließlich für Projekte eingesetzt werden können, die den – gesetzlich geregelten – Anforderungen der Spitzenverbände der Krankenkassen zu Maßnahmen der Gesundheitsförderungen und –prävention entsprechen.

Im Rahmen des Gesamtprojektes wurden bisher 15 Mikroprojekte initiiert und durchgeführt, weitere 9 Projekte sind in Planung, auf die Anlage wird Bezug genommen. Darüber hinaus wird der im Rahmen des Gesundheitsprojektes initiierte Aktiv-Fitness-Platz nahe dem Waldmannsweiher mit einem Investitionsvolumen von 40.000,-- € bis Herbst 2009 realisiert werden. Diese Maßnahme wird aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ gefördert.

Der niedrigschwellige Ansatz der Mikroprojekte wurde in der Begleitforschung des difu als sehr realitätsnah und initiiierend erkannt. Der Ansatz sei sozialraumbezogen das richtige Instrument, um die Zielgruppen entsprechend zu erreichen.

Seitens der beteiligten Krankenkassen wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Prävention dort bisher ein untergeordnetes Thema sei, welches jedoch auch zunehmend als Marketingargument herangezogen werde und ggf. in Präventionskurse münde. Die im Rahmen des Projektes geleisteten Finanzierungen seien daher als eine Anschubfinanzierung zu sehen, die natürlich begrenzt sei.

Grundsätzlich wird durch alle Beteiligten die Notwendigkeit eines Kassen- und institutionsübergreifenden Handelns bei der Prävention hervorgehoben, um die örtliche Situation - gerade in (sehr dicht bebauten) Gebieten, wie der Innenstadt – nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Als weiteres Fazit aus dem Modellprojekt wird seitens des difu festgehalten, dass das Aufgabenspektrum der Gesundheitsförderung und –prävention (zu) groß für die gewählte Organisationsform war. Im Sinne einer ganzheitlichen und zielgerichteten Gesundheitsförderung und –prävention müsse diese

- durch eine federführende fachlich kompetente Behörde gesteuert werden; eine klare Benennung der Zuständigkeit sei erforderlich,
- in das Verwaltungshandeln implementiert werden,
- als Gemeinschaftsaufgabe von Gebietskörperschaften und Gesundheitswesen erkannt und behandelt werden.

Vor dem dargestellten Hintergrund ist h. E. die Gesundheitsförderung und –prävention stärker als bisher in das Verwaltungshandeln zu implementieren. Die Gesundheitsförderung und –prävention muss durch die Fachreferate im Rahmen der ihnen zugewiesenen Handlungsfelder eigenverantwortlich und zielgerichtet organisiert werden.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr. im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. Abdruck an: Ref. I, Ref. II, Ref. III, Ref. IV, Ref. V, Ref. VI

III. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

IV. BvA

Fürth, 29.06.2009

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:

Tel.: